

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 43

FREITAG, DEN 31. MAI

2013

## Inhalt:

	Seite		Seite
Inkrafttreten des Teil-Umlegungsplanes U 354/I im Stadtteil Ochsenwerder, Ortsteil 608 .....	845	Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ....	846
Öffentliche Zustellung .....	845	Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neungamme .....	846
Öffentliche Zustellung .....	845	Vierte Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Schauspiel der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Arts .....	847
Öffentliche Zustellung .....	846		
Änderung von Wochenmärkten .....	846		
Plangenehmigungsbescheid – Umgestaltung der Hochwasserschutzanlagen Billhorner Brückenstraße und Beim Haken – .....	846		

## BEKANNTMACHUNGEN

### Inkrafttreten des Teil-Umlegungsplanes U 354/I im Stadtteil Ochsenwerder, Ortsteil 608

Der von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung – WSB 3 –, am 26. März 2013 aufgestellte und im Amtlichen Anzeiger 2013, Seite 611 bekannt gemachte Teil-Umlegungsplan U 354/I ist am 17. Mai 2013 unanfechtbar geworden.

Nach § 72 Baugesetzbuch wird mit dieser Bekanntmachung der bisherige Rechtszustand durch den im Teil-Umlegungsplan U 354/I vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt. Diese Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeordneten Grundstücke ein.

Hamburg, den 22. Mai 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

Amtl. Anz. S. 845

### Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Zülküf Ünalán, geboren am 15. November 1985, zuletzt bekannte Anschrift: Franz-Marc-Straße 20, 22115 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 3. Juni 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein

Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 209, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 17. Juni 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 6. Mai 2013

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 845

### Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Jovan Stanojevic, geboren am 28. Mai 1983, zuletzt bekannte Anschrift: Mattkamp 10, 22117 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 3. Juni 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 17. Juni 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 6. Mai 2013

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 845

## Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Olgun Özdemir, geboren am 26. August 1973, zuletzt wohnhaft Sechzigstraße 62, 50733 Köln, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 3. Juni 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 221, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 17. Juni 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 6. Mai 2013

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 846

## Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 5. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2415), wird bekannt gegeben:

Aus Anlass des Eidelstedter Stadtteilstreffes wird der Wochenmarkt Eidelstedt, Alte Elbgastraße, an den Markttagen 31. Mai 2013 und 1. Juni 2013 auf die Fläche der Lohkampstraße zwischen Ekenknick und AKN-Bahngleis verlegt. Die Marktzeiten (freitags von 8.30 Uhr bis 18.00 Uhr, sonnabends von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr) bleiben unverändert.

Hamburg, den 24. Mai 2013

**Das Bezirksamt Eimsbüttel**

Amtl. Anz. S. 846

## Plangenehmigungsbescheid

**– Umgestaltung der Hochwasserschutzanlagen  
Billhorner Brückenstraße und Beim Haken –**

Der Plan für die Umgestaltung der Hochwasserschutzanlagen Billhorner Brückenstraße und Beim Haken „Bau einer Wegeverbindung unterhalb der Billhorner Brücke zwischen Deichkilometer 35,415 und Deichkilometer 35,425“ ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde) vom 17. Mai 2013 festgestellt worden. Die Feststellung beruht auf § 55 Hamburgisches Wassergesetz in Verbindung mit § 68 Wasserhaushaltsgesetz. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G2 Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat die Änderung der Hochwasserschutzanlagen Billhorner Brückenstraße und Beim Haken beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der Bau einer Wegeverbindung unterhalb der Billhorner Brücke.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 3. Juni 2013 bis zum 14. Juni 2013 im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Verwaltung – Wegeaufsichtsbehörde, Klos-

terwall 8, Block D, Raum 103, 20095 Hamburg, montags und mittwochs von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, dienstags, donnerstags und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040/4 28 54 - 34 92 und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Raum B 7.27, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040/4 28 26 - 25 50.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer  
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –  
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht  
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 846

## Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung

Die Handelskammer Hamburg stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Bescheid vom 2. Mai 2013, Aktenzeichen GVI/2/2013/12; Widerruf der nach § 34 d Absatz 1 GewO erteilten Erlaubnis vom 19. Dezember 2009; Löschung aus dem Versicherungsvermittlerregister) an Herrn Ralf Görtz, letzte bekannte Anschrift: Tinsdaler Weg 117, 22880 Wedel, gemäß § 1 Absatz 1 des Hamburgischen Verwaltungszustellungsgesetzes in Verbindung mit § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes, öffentlich zu. Wegen der nicht zu ermittelnden Anschrift des vorgenannten Adressaten ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann in der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg, Raum 268 (II. Etage), während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Durch diese Bekanntmachung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Hamburg, den 24. Mai 2013

**Handelskammer Hamburg  
Schlichting**

Amtl. Anz. S. 846

## Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme

Der Kirchengemeinderat hat am 9. Dezember 2011 Erhöhungen einiger Gebührenpunkte der Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Der Kirchenkreis Hamburg-Ost hat die Änderungen am 19. März 2013 kirchenaufsichtlich genehmigt. Die geänderte Satzung liegt im Kirchenbüro, Feldsteig 18, 21039 Hamburg, in der Zeit vom 1. Juni 2013 bis 30. Juni 2013 zu jedermanns Einsicht aus (Bürozeiten: montags, dienstags, donnerstags, freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr).

Hamburg, den 14. Mai 2013

**Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme  
Der Kirchengemeinderat**

Amtl. Anz. S. 846

## Vierte Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Schauspiel der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Arts

Vom 24. April 2013

Das Präsidium der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 21. Mai 2013 die vom Hochschulsenat am 24. April 2013 aufgrund von § 85 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) in der Fassung vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2011 S. 550) beschlossene Vierte Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Schauspiel der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Arts vom 15. Dezember 2010, zuletzt geändert am 17. Oktober 2012

(Amtl. Anz. 2011 S. 460, 2013 S. 728) gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

### Artikel I

„Einziger Paragraph

Für den Studiengang Schauspiel findet für das Wintersemester 2013/14 einmalig ein weiteres Aufnahmeprüfungsverfahren statt. Der Aufnahmeantrag ist an die Präsidentin/den Präsidenten der Hochschule zu richten, die Bewerbungsfrist endet am 12. Juni 2013.“

### Artikel II

Inkrafttreten

Die Regelung des Artikels I tritt einen Tag nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 24. April 2013

**Hochschule für Musik und Theater Hamburg**

Amtl. Anz. S. 847

## ANZEIGENTEIL

### Behördliche Mitteilungen

#### Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: **13 A 0177**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00  
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: **13 A 0177**  
**Trockenbauarbeiten**  
4112 G 1201 Teilsanierung Sporthalle Gebäude 39
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:  
**Lieferung von Baustelleneinrichtung**
- e) Ort der Ausführung:  
**Blohmkamp 61, 22549 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
13A0177 Trockenbauarbeiten  
Art und Umfang der Leistung:  
1200 m<sup>2</sup> Unterdeckenkonstruktion aus Holz, ca. 1 m abgehängt an der Konstruktion des Holzdaches, einschließlich Dampfsperre und Dämmung. An vorgenannte Konstruktion wird bauseitig eine Deckenstrahlheizung angehängt. Arbeitshöhe 8 m. 80 m<sup>2</sup> F30 Decke GK glatt, ca. 80 m<sup>2</sup> Wand und Vorsatzschalen aus Faserzementplatte.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:  
Beginn der Ausführung: 22. Juli 2013  
Fertigstellung der Leistungen bis: –

- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).  
Bewerbungsschluss: 10. Juni 2013  
Versand der Verdingungsunterlagen: 17. Juni 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe des Entgeltes: 8,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!  
Empfänger: siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333  
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33  
BIC-Code: HASPDEHHXXX  
Verwendungszweck:  
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0177  
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
Hinweis:  
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn  
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,  
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,  
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.  
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung: 4. Juli 2013, 10.00 Uhr,  
Ort: siehe Buchstabe a)

- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:  
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.  
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.  
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. August 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:  
**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**  
**Technische Fragen: Herr Grade**  
**Telefon: 040 / 4 28 42 - 204**  
  
Hamburg, den 24. Mai 2013  
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**  
**– Bundesbauabteilung –**
- 
- Öffentliche Ausschreibung**  
**Vergabenummer: 13 A 0179**
- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00  
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: **13 A 0179**  
**USV-Anlage A**  
4114 G 1101 Klimatisierung Rechenzentrum
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:  
**Erstellen einer baulichen Anlage**
- e) Ort der Ausführung:  
**Helmut-Schmidt-Universität/Douaumont-Kaserne,  
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
13A0179 USV-Anlage A  
Art und Umfang der Leistung:  
Erstellen einer statischen Dreiphasen  
USV Anlage 200kVA.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:  
Beginn der Ausführung: 25. Juli 2013  
Fertigstellung der Leistungen bis: 14. Februar 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).  
Bewerbungsschluss: 13. Juni 2013  
Versand der Verdingungsunterlagen: 20. Juni 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe des Entgeltes: 6,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!  
Empfänger: siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333  
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33  
BIC-Code: HASPDEHHXXX  
Verwendungszweck:  
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0179  
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
Hinweis:  
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn  
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,  
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,  
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.  
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- m) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- n) Angebotseröffnung: 9. Juli 2013, 10.00 Uhr,  
Ort: siehe Buchstabe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- o) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:  
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.  
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.  
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. August 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:  
**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**  
**Technische Fragen: Herr Granzow**  
**Telefon: 040 / 4 28 42 - 318**  
Hamburg, den 24. Mai 2013  
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**  
**– Bundesbauabteilung –**
- e) Ort der Ausführung:  
**Helmut-Schmidt-Universität/Douaumont-Kaserne, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
13A0180 USV-Anlage B  
Art und Umfang der Leistung:  
Erweitern einer USV-Anlage (UPS Riello)  
100kVA auf 200kVA.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:  
Beginn der Ausführung: 25. Juli 2013  
Fertigstellung der Leistungen bis: 18. Februar 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).  
Bewerbungsschluss: 12. Juni 2013  
Versand der Verdingungsunterlagen: 19. Juni 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe des Entgeltes: 6,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!  
Empfänger: siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333  
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33  
BIC-Code: HASPDEHHXXX  
Verwendungszweck:  
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0180  
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
Hinweis:  
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn  
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,  
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,  
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.  
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:  
5. Juli 2013, 10.00 Uhr,  
Ort: siehe Buchstabe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:  
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

**Öffentliche Ausschreibung**  
**Vergabenummer: 13 A 0180**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00  
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: **13 A 0180**  
**USV-Anlage B**  
4114 G 1101 Klimatisierung Rechenzentrum
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:  
**Erstellen einer baulichen Anlage**

## u) Nachweise zur Eignung:

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

## v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. August 2013

## w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

## x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**

**Technische Fragen: Herr Granzow  
Telefon: 040 / 4 28 42 - 318**

Hamburg, den 27. Mai 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
– Bundesbauabteilung –**

478

**Auftragsbekanntmachung  
Richtlinie 2004/18/EG**

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer  
Postanschrift:

Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zentrale Vergabestelle

Zu Händen von Frau Köhler,

Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 99,

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88

E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-

lichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Verkehrsinfrastruktur

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) **Beschreibung**II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Lieferung eines Mehrgeräteträgers mit Zubehör für die Autobahnmeisterei Stillhorn in Hamburg.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Lieferung eines Mehrgeräteträgers mit Schneepflug, Streumaschine, Heckaufbaumähgerät und Randstreifenmäher.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 34144000

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**II.1.8) **Aufteilung in Lose: Nein**II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang: –**II.2.2) **Angaben zu Optionen: –**II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung: –**II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 10. September 2013

Abschluss: 1. Dezember 2013

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:  
Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Eigenerklärung
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Referenzlisten inklusive Ansprechpartner über einschlägige Erfahrungen, gegebenenfalls Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung entsprechender in den letzten 5 Jahren erbrachter Leistungen; Nachweis Abgasnorm mindestens EURO 5; Nachweis eines flächendeckenden Kundendienstes innerhalb von 72 Stunden.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:  
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
OV-K5-201/13

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:  
9. Juli 2013, 12.00 Uhr  
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja  
Preis: 5,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-201/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.  
Empfänger:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA,  
Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,  
Geldinstitut Postbank Hamburg.  
IBAN DE 50200100200375202205,  
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)  
Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
16. Juli 2013, 10.15 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 10. September 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
16. Juli 2013, 10.15 Uhr  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein.

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer der Finanzbehörde  
Postanschrift:  
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,  
Deutschland,  
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 2020

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
27. Mai 2013

**ANHANG A**

**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
Deutschland

**Ab 24. Juni 2013:**  
**Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg**

Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 228

**Ab 24. Juni 2013: E 01.419**

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland

Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.419

Hamburg, den 27. Mai 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt** 479

**Öffentliche Ausschreibung**

- a) SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,  
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Grundschule Moorflagen, Wagrierweg 18,  
22455 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 23/2013**  
**GBS-Kantinenprogramm, Um- und Anbau**

- **erweiterter Rohbau**
- **Metallbauarbeiten**

g) GBS-Kantinenprogramm, Um- und Anbau

- h) Angebote können für ein oder mehrere Lose abgegeben werden, ein Angebot für die Gesamtleistung ist nicht zulässig.

LOS 1 – erweiterter Rohbau –

- Baustelleneinrichtung
- Abbrucharbeiten
- Erdarbeiten
- Beton- und Stahlbetonarbeiten
- Maurerarbeiten
- Putzarbeiten
- Gerüstarbeiten
- Fundamentier- und Ringpotentialausgleich

LOS 2 – Metallbauarbeiten –

- Stahltüren, Glastüren
- Alufenster

i) Beginn: 27. Kalenderwoche 2013

Ende: 52. Kalenderwoche 2013

j) Nebenangebote sind zugelassen.

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 28. Mai 2013 bis 17. Juni 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,  
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,  
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 23/2013

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken.

m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 18. Juni 2013 – LOS 1 bis 10.10 Uhr, LOS 2 bis 10.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 18. Juni 2013 – LOS 1 um 10.10 Uhr, LOS 2 um 10.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) siehe Vergabeunterlagen.

- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 17. Juli 2013.

- w) Beschwerdestelle:  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin  
 Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 28. Mai 2013

**Die Finanzbehörde**

480

### Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40 Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,  
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Grundschule Moorflagen, Wagrierweg 18,  
 22455 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 24/2013**  
**GBS-Kantinenprogramm, Um- und Anbau**  
 – **Grundsziel**  
 – **Sanitär**  
 – **Heizung**  
 – **Lüftung**  
 – **Elektroinstallation**  
 – **Kücheneinrichtung**
- g) GBS-Kantinenprogramm, Um- und Anbau
- h) Angebote können für ein oder mehrere Lose abgegeben werden, ein Angebot für die Gesamtleistung ist nicht zulässig.  
 LOS 1 – Grundsziel –  
 LOS 2 – Sanitär –  
 LOS 3 – Heizung –  
 LOS 4 – Lüftung –  
 LOS 5 – Elektroinstallation –  
 LOS 6 – Kücheneinrichtung –
- i) Beginn: 27. Kalenderwoche 2013  
 Ende: 52. Kalenderwoche 2013
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 28. Mai 2013 bis 17. Juni 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro.  
 Erstattung: Nein  
 Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
 Empfänger:  
 SBH Schulbau Hamburg,  
 Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,  
 Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,  
 Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 24/2013  
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 18. Juni 2013 – LOS 1 bis 10.50 Uhr, LOS 2 bis 11.10 Uhr, LOS 3 bis 11.30 Uhr,

LOS 4 bis 11.50 Uhr, LOS 5 bis 14.10 Uhr und LOS 6 bis 14.30 Uhr, eingereicht werden.

- o) Anschrift:  
 SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40 Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 18. Juni 2013 – LOS 1 um 10.50 Uhr, LOS 2 um 11.10 Uhr, LOS 3 um 11.30 Uhr, LOS 4 um 11.50 Uhr, LOS 5 um 14.10 Uhr und LOS 6 um 14.30 Uhr.  
 Anschrift: siehe Buchstabe o)  
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 17. Juli 2013.
- w) Beschwerdestelle:  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin  
 Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 28. Mai 2013

**Die Finanzbehörde**

481

### Auftragsbekanntmachung

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

##### II.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40, Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/  
 des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

## ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber  
Ersatz, Erweiterung und gegebenenfalls Umbau der Stadtteilschule Kirchwerder am Standort Kirchwerder Hausdeich 341, Hamburg – Tragwerksplanung gemäß § 49 HOAI, – Technische Ausrüstung gemäß § 53 HOAI, – Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gemäß § 42 HOAI.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
Dienstleistungen  
Dienstleistungskategorie Nr: 12  
Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.  
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m<sup>2</sup> und die Hauptnutzungsfläche etwa 2,2 Mio. m<sup>2</sup>.  
In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, den Standort zur 6-zügigen Stadtteilschule mit angegliederter Grundschule auszubauen. Auf dem Schulgelände befinden sich ein denkmalgeschütztes Schulgebäude sowie die Stadtteilschule, die aus mehreren solitären Gebäuden besteht. Das denkmalgeschützte Gebäude beherbergt zurzeit die Grundschule. Das Ge-

bäude befindet sich in einem guten baulichen Zustand, ist aber für die alleinige Grundschulnutzung zu groß. Die Klassen-, Fachklassen- und Verwaltungsgebäude der Stadtteilschule sind stark sanierungsbedürftig und sollen daher abgerissen und durch einen Neubau ersetzt und erweitert werden.

Die zu vergebende Bauaufgabe umfasst die Planung eines Neubaus als Ersatz- und Erweiterungsbau, der Flächen für Allgemeinen Unterricht, Fachräume, Wirtschaftsräume, Gemeinschaftsflächen, Lehrer- und Verwaltungsflächen sowie Flächen für den Ganztagsbereich aufnimmt.

Im Zuge der Baumaßnahme sind auch Sielsanierungsmaßnahmen durchzuführen. Aufgrund verkehrlicher Erschließungsproblematiken ist geplant, auf der anderen Seite der Gose-Elbe den Sportplatz und Bushalteplätze sowie Schulparkplätze zu errichten. Dieser Bereich wird mittels einer neu zu bauenden Brücke über die Gose-Elbe an die Schule realisiert. Weiterhin ist auf dieser Seite die Errichtung einer Dreifeld-Sporthalle geplant. Der Flächenbedarf für die Sporthalle ist zu berücksichtigen. Der Neubau der Dreifeld-Sporthalle sowie die Erstellung des Brückenbauwerks sind jedoch nicht Bestandteil der in diesem Verfahren zu vergebenden Leistungen.

Der Ergänzungsneubau umfasst eine voraussichtliche Nutzfläche von ca. 7676 m<sup>2</sup> (NF1-6). Für die Gesamtmaßnahme ist gemäß Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 26,25 Mio. Euro (KG200-700, brutto) geschätzt. Es ist vorgesehen, die Schüler während der Bauphase teilweise in eine andere Schule auszulagern, die überwiegende Schülerzahl soll jedoch während der Bauarbeiten am Standort in mobilen Klassenräumen untergebracht werden. Das Fachklassengebäude soll möglichst während der Erstellung des Neubaus weitergenutzt werden. Dies gilt entsprechend für die Sport- und Gymnastikhallen. Ebenso wird der denkmalgeschützte Altbau während der Bauphase weiter genutzt. Hier werden evtl. kleinere Umbauarbeiten notwendig. Die Baumaßnahme soll bis spätestens 2018 abgeschlossen sein.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

LOS 2:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Ja  
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 335.000,- Euro für LOS 1, und ca. 525.000,- Euro für LOS 2 inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.  
Geschätzter Wert ohne MwSt: 860.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja  
LOS 1: Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).  
LOS 2: Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
Laufzeit: 63 Monate ab Auftragsvergabe.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:  
Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro Los:  
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand
- der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein ist als Nachweis ausreichend.)
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem/r Vertreter/in.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja  
Der jeweilige Auftragnehmer pro Los sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.  
Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:  
– Spezifisches Anschreiben (formlos);  
– ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;  
– Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);  
– Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;  
– Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);  
– Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);  
– Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);

- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbe-  
reitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vor-  
druck);
- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abge-  
schlossene Berufshaftpflichtversicherung mit  
den unter III.1.1 genannten Deckungssummen  
(in Kopie) oder den Nachweis über die Anhe-  
bung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemein-  
schaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulas-  
sung oder Bescheinigung über die berufliche  
Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung von zwei vergleichba-  
ren Referenzprojekten mit Referenzschreiben  
für LOS 1 und Darstellung von drei vergleich-  
baren Referenzprojekten mit Referenzschrei-  
ben für LOS 2 (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist für jedes LOS separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und der Losnummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie ein Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es wird bei der Abforderung der Unterlagen darum gebeten, die Losnummer anzugeben für dessen Leistung die Bewerbungsunterlagen benötigt werden. Die Bewerbung ist für ein oder zwei LOSE möglich. Die Nachweise und Erklärungen sind für jedes LOS separat einzureichen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Pro LOS ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich TWP gem. § 49 HOAI für LOS 1 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011; 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 335.000 Euro (netto) erreichen. Der durchschnittliche Jahresteilumsatz für den Leistungsbereich TGA/Entwässerung gem. § 53 und § 42 HOAI für LOS 2 muss in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011; 2012) mindestens 525.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 1:
  - Ingenieur/in für die Leistungen Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI.
- Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 2:
  - Ingenieur/in für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3),
  - Ingenieur/in für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4+5),
  - Ingenieur/in für die Leistungen Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI.
- B) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 Projekte für LOS 1 und 3 Projekte für LOS 2.

Alle Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gem. DIN 276 bei LOS 1, KG 400

und ggf. KG 540 gem. DIN 276 bei LOS 2), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die 2 vergleichbaren Referenzprojekte für LOS 1 und 3 Referenzprojekte für LOS 2 sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen für LOS 1 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen. Mit den Referenzen für LOS 2 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit der durchgängigen Bearbeitung der Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 53 HOAI sowie mit Kanalsanierungen nachzuweisen.

- C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind für LOS 1 im Bereich Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI mind. 4 Ingenieure/innen, für LOS 2 sind im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagegruppen 1-3) mind. 2 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (ELT, Anlagegruppen 4+5) mind. 3 Ingenieure/innen und für den Bereich Ingenieurbauwerke gem. § 42 HOAI (Entwässerung) mind. 1 Ingenieur/in im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

### III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation werden für LOS 1 der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 49 HOAI und für LOS 2 der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 und § 42 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

## ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die geplanten Mindest- und Höchstzahlen gelten jeweils für LOS 1 und LOS 2. Die Bewerbung ist für ein oder zwei Lose möglich. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auswahl für ein oder zwei Lose zu treffen, sofern eine Bewerbung für mehrere Lose unterbreitet wird. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl für LOS 1 erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte für LOS 1 erreicht werden. Die Auswahl für LOS 2 erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Für den Leistungsbereich gem. § 42 HOAI erfolgt die Auswahl in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 21 Punkte für LOS 2 erreicht werden. Der dabei je LOS verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen für das jeweilige LOS versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien in einem LOS oder beiden LOSEN zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung	
1. Fachlicher Wert	20 %	
2. Qualität	20 %	
3. Umwelteigenschaften	20 %	
4. Kundendienst	5 %	
5. Ausführungszeitraum	5 %	
6. Preis/Honorar	30 %	
IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion		VI.4) <b>Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren</b>
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein		VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Postanschrift: Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland Telefon: +49/040/42840-2039
IV.3) <b>Verwaltungsangaben</b>		
IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 019/2013		
IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein		
IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 14. Juni 2013, 14.00 Uhr Kostenpflichtige Unterlagen: Nein		VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3) Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 18. Juni 2013, 14.00 Uhr		
IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 18. Juli 2013		
IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE		
IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –		
IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –		
<b>ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN</b>		
VI.1) <b>Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:</b> Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein		VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: Offizielle Bezeichnung: SBH   Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland Telefax: +49/040/42792-7120 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
VI.2) <b>Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:</b> Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein		
VI.3) <b>Zusätzliche Angaben:</b> Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht: <a href="http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen">http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen</a>		VI.5) <b>Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:</b> 17. Mai 2013  Hamburg, den 27. Mai 2013 <b>Die Finanzbehörde</b>

## Gerichtliche Mitteilungen

### Konkursverfahren

65 a N 514/98. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **ABT Meistertreppen GmbH & Co Bauelemente KG**, ehemals: Wendenstraße 408, 20537 Hamburg, jetzt: Gutenbergstraße 15, 23566 Lübeck, persönlich haftender Gesellschafter: Firma **ABT Meistertreppen GmbH**, Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Peter Kulp, wird nach

Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 26. April 2013 aufgehoben.

Hamburg, den 23. Mai 2013

**Das Amtsgericht, Abt. 65**  
483

### Zwangsversteigerung

616 K 74/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21109 Ham-

burg, Kirchdorfer Straße 25 e und Anteil südlich Kirchdorfer Straße 23 belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8482 eingetragene Wohnungseigentum Nummer 5, bestehend aus 1/6 Miteigentumsanteil an dem 2296 m<sup>2</sup> großen Flurstück 11 160 sowie 1/7 Miteigentumsanteil an dem 211 m<sup>2</sup> großen Flurstück 11 159, verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen des Doppelhauses Nummer 5

(laut Teilungsplan) sowie an ungenutzter Gebäude- und Freifläche (Weg), durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine Doppelhaushälfte, Baujahr etwa 2001, etwa 138,16 m<sup>2</sup> Wohnfläche und 56,36 m<sup>2</sup> Nutzfläche, 4 Zimmer und Spitzboden (laut Bauakte); vermutlich gehört ein Stellplatz zur Immobilie. Eine Innenbesichtigung durch den Sachverständigen war nicht möglich. Die Nutzung erfolgt vermutlich durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 250 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. Juli 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com), [www.zvhh.de](http://www.zvhh.de) und [www.versteigerungspool.de](http://www.versteigerungspool.de) abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. November 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 31. Mai 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

484

## Zwangsversteigerung

717 K 34/12. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Stein-Hardenberg-Straße 188,

186 belegene, im Grundbuch von Tonnendorf-Lohe a) Blatt 4613 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 865/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 1793 m<sup>2</sup> großen Flurstück 3071, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan jeweils mit der Nummer 10 bezeichnet und b) Blatt 4624 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 7/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 1793 m<sup>2</sup> großen Flurstück 3071, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Kfz-Stellplatz, im Aufteilungsplan mit der Nummer 9 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Zu a): Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 75,35 m<sup>2</sup> befindet sich im I. Obergeschoss rechts des Gebäudeteils „Stein-Hardenberg-Straße 186“. Errichtung des vollunterkellerten Mehrfamilienhauses vermutlich 1992. Beheizung über Gaszentralheizung, Warmwasser zentral über Heizung. Zu b) Es handelt sich um einen üblichen Stellplatz in einer Sammeltegarage. Errichtung der Anlage vermutlich 1992. Der Stellplatz ist vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: zu a) 144 000,- Euro (Wohnung) und b) 10 000,- Euro (Stellplatz). Gesamtverkehrswert: 154 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 7. August 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 10. September 2012 in das jeweilige Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder

einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 31. Mai 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

485

## Ausschließungsbeschluss

406 II 13/12. Auf Antrag der Herren Klaus-Peter Peters und Kai-Bastian Peters, vertreten durch den Notar Dr. Marius Kohler, Reetwerder 23 a, 21029 Hamburg, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch die Rechtspflegerin S. Zeyn:

Der Deutsche Grundschuldbrief Gruppe 04 Nummer 048047 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Neungamme Blatt 954 in Abteilung III unter der Nummer 3 – drei – für die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Schwäbisch Hall eingetragene Grundschuld über 20 000,- DM, umgestellt auf 10 788,26 Euro (zehntausendsiebenhundertachtundachtzig 26/100 Euro), wird für kraftlos erklärt.

Rechtsbehelf

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Die Beschwerde ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, innerhalb von einem Monat nach Zustellung einzulegen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Hamburg, den 15. Mai 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 410

486

## Beschluss

711 K 110/12. In der Sache betreffend die Zwangsversteigerung des in Hamburg, Hermann-Behn-Weg 16 belegenen, im Grundbuch von Rotherbaum Blatt 2568 eingetragenen Wohnungseigentums, beschließt das Amtsgericht Hamburg, Abt. 71, durch den Rechtspfleger Alf:

Durch Beschluss vom 21. Mai 2013 wird der auf den 23. Juli 2013 anberaumte Versteigerungstermin aufgehoben.

Hamburg, den 21. Mai 2013

**Das Amtsgericht, Abt. 71**

487

**Sonstige Mitteilungen****Bekanntmachung  
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)****DESY Ausschreibungsnummer: C2035-13****a) Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY  
Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

**b) Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

**c) Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2035-13  
Angebotstermin 25. Juni 2013“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY**  
**Haus- und Lieferanschrift:**  
**Notkestraße 85, 22607 Hamburg**  
**Briefpost: 22603 Hamburg**  
eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

**d) Art und Umfang der Leistung:**

600A Leistungsteile: 600A/ 60 V switched mode power supplies. The power supply shall be a unipolar switched mode power supply, e.g. buck converter. The primary DC voltage is produced via a central diode rectifier (not part of this tender), delivering a nominal voltage of 60-80 V. Several power supplies will be connected to this rectifier. The power connection to this rectifier is done via cabling. There will be external fuses for the short circuit protection between the diode rectifier and the power part. These fuses will be in the rack that will contain the power parts. The output will be connected directly to the magnet (resistive-inductive load). The power supplies shall be water cooled without fans.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

**e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt****f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: entfällt****g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist: bis 30. April 2014****h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
Abteilung V4 – Warenwirtschaft  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09  
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

**i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 17. Juni 2013 angefordert werden.**

Ablauf der Angebotsfrist: **25. Juni 2013**

Ablauf der Bindefrist: **9. August 2013**

**j) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen****k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

**l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Referenzen über vergleichbare Leistungen der letzten 3 Jahre.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

**m) Vervielfältigungskosten: entfällt****n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.  
75 % Preis, 15 % Lieferzeit, 10 % Referenzen.

Hamburg, den 23. Mai 2013

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY** 488